

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Roland Magerl

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Cemal Bozoğlu

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Alexander Muthmann

Staatssekretär Klaus Holetschek

Abg. Gerd Mannes

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

**Grundrechte schützen - Änderung des Infektionsschutzgesetzes unterbinden
(Drs. 18/11192)**

Die AfD-Fraktion hat hierzu namentliche Abstimmung beantragt. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Roland Magerl, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 wird in die Geschichtsbücher eingehen, so viel ist jetzt schon klar – nicht nur wegen der Corona-Krise, nicht nur, weil die Wirtschaft und die Gastronomie an die Wand gefahren wurden, und nicht nur, weil es in diesem Jahr keine Fußball-EM gab. 2020 wird in die Geschichte eingehen als ein Jahr, in dem die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger mit Füßen getreten worden sind. Der geplante Beschluss der Bundesregierung zum Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite bewegt die Leute da draußen sehr, und er macht ihnen Angst.

Dieses Gesetz setzt die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung außer Kraft und schränkt die Versammlungsfreiheit massiv ein. Dieses Gesetz setzt die Reisefreiheit außer Kraft, und dieses Gesetz schränkt die freie Berufsausübung stark ein. Meine Damen und Herren, wir haben es also in der Hand, ob wir den sozialen Frieden, die Gesundheit der Bevölkerung und den Wohlstand bewahren oder ob wir in einer Corona-Diktatur enden, ohne dass der vom Volk gewählte Souverän, das Parlament, gefragt wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen lernen, mit dem Virus umzugehen und damit zu leben.

(Beifall bei der AfD)

Oder sind Sie wirklich so naiv und glauben, wenn sich alle schön brav an die sogenannten Schutzmaßnahmen halten, dass dann alles wieder ruck, zuck gut wird, dass das Virus dann für immer dahin verschwindet, wo es herkam? Sie rotten dieses Virus nicht so einfach aus. Was Sie aber ausrotten, wenn Sie so weitermachen, das ist die Demokratie in unserem Land.

(Zuruf: So ein Schmarrn!)

Neben den Einschränkungen der Grundrechte ist diesem Gesetzentwurf zu entnehmen, dass man nicht laut reden, nicht singen, nicht lachen sollte. Arbeiten und Steuern zahlen, das geht aber schon. Haben die Verfasser dieses Gesetzentwurfes eigentlich noch alle Latten am Zaun?

Mit dieser Corona-Pandemie nutzen Staats- und Bundesregierung die Chance, das Parlament langsam und stetig außen vor zu lassen. Trotz zum Teil drakonischer Maßnahmen und enormer Einschränkungen während des gesamten Jahres sind die Infektionszahlen jetzt wieder gestiegen – und Ihre Maßnahmen offensichtlich wirkungslos. Ihr Fazit: noch mehr Einschränkungen, weniger Parlament und mehr Eigenermächtigung, Grundrechtseingriff hier, Kritiker diskreditieren da, die Polizei als Corona-Wachhunde missbrauchen, um zum Beispiel Anzeige wegen des Nichttragens von Masken zu erstatten – da fährt schon gern mal der Inspektionsleiter persönlich mit hinaus –, die Bevölkerung dazu aufrufen, den Nachbarn zu verpfeifen, und somit eine neue Generation von Blockwarten zu züchten.

(Zuruf: Vorbilder!)

Merkel hat es in der DDR ja noch gelernt, wie das geht, und Söder und Spahn machen mittlerweile bereitwillig mit. Schluss damit! Wir von der AfD fordern erneut klipp und klar, dass die Grundrechtseingriffe auf Verordnungsbasis ein Ende haben müssen.

(Beifall bei der AfD)

Als Landtag müssen wir deshalb geschlossen Nein sagen – Nein zu Gesetzesvorhaben, die auch nur den Anschein erwecken, dass die Regierungen damit durchkommen, sich Kompetenzen zuzuschustern, die nur das Parlament als Vertretung des Volkes haben kann.

Wir fordern im Hauptteil unseres Antrags, dass die Staatsregierung sofort dafür sorgen muss, dass das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene gestoppt wird. Es braucht hierfür eine Gesetzesgrundlage, die eben nicht in das Infektionsschutzgesetz eingreift und darin Dinge verankert, die dort nicht hingehören, und dabei Grundrechte aushebelt. Wir wollen eine Gesetzesgrundlage, die alle Macht wieder in die Hände des Volkes legt. Das heißt ganz klar: Grundrechtseinschränkungen sind mit der Mehrheit des gesamten Parlaments zu treffen. Dies ist alle sechs Wochen zu überprüfen. Die Maßnahmen müssen angemessen, erforderlich und geeignet sein, also verhältnismäßig. Zudem muss sichergestellt werden, dass Minister, Ministerien oder ein Kabinett nicht uneingeschränkte Sonderrechte bekommen und das Parlament so übergehen können. Lokale Ereignisse sollen auch lokal abgearbeitet werden können. Dazu muss natürlich der Föderalismus gewahrt bleiben. Daneben braucht es ein Konzept, wie der öffentliche Gesundheitsdienst im Bedarfsfall so ausgeweitet werden kann, dass eine mögliche Überforderung eben nicht stattfindet.

Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie uns zu und sorgen Sie dafür, dass wir jetzt das Ruder noch herumreißen und nicht wegen eines Virus unsere Demokratie nachhaltig zerstören. Oder wollen Sie, dass in fünfzig Jahren in den Geschichtsbüchern steht, dass nur die AfD dafür gekämpft hat, dass unsere Bürger ihre Grundrechte behalten?

(Heiterkeit und Zuruf)

Damit unsere Nachkommen später auch sehen können, wer sich persönlich aus diesem Hohen Haus für ihre Rechte eingesetzt hat, lassen wir am Schluss über unseren

Antrag eine namentliche Abstimmung durchführen. Dort können Sie dann alle zeigen, was Ihnen Freiheit und Demokratie bedeuten.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion auf.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mich ratlos.

(Zuruf: Sie sind doch nicht ratlos!)

Das war wirr, was da gesagt wurde. Das war wirr, was Sie in Ihrem Antrag schreiben und was Sie hier erzählt haben.

(Zuruf: Das war entsetzlich!)

Es gibt Menschen, die das, was Sie im Antrag schreiben und gesagt haben, auch wirklich glauben und denken, dass die Pandemie nur erfunden ist. Sie schreiben in Ihrem Antrag ja von einer "vermeintlich pandemischen Lage".

(Zuruf)

Sie behaupten, dass die Regierung einen Anlass gesucht habe, Grundrechte mit Füßen zu treten, dass die Exekutive alle Macht an sich reißen möchte. Den Satz muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen:

Der Landtag verurteilt deshalb Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die einem Ermächtigungsgesetz gleichkommen und Parlamentsvorbehalt sowie die Grundrechte des deutschen Volkes mit Füßen treten.

Das ist ein Zitat aus Ihrem Antrag. Sie haben gerade von einer "Corona-Diktatur" gesprochen.

(Zuruf: Übel!)

Das ist ein Vokabular, mit dem man sich gegen einen Unrechtsstaat zur Wehr setzen würde. Ich bin wirklich ratlos, weil es gerade um den größtmöglichen Schutz der Menschen in unserem Land und ihrer Grundrechte geht, um den Schutz von Leben und Gesundheit und um die Aufrechterhaltung von möglichst viel Normalität, um den Betrieb von Schulen und auch um das Grundrecht der Bildung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist das genaue Gegenteil von dem Gespenst, das Sie hier an die Wand malen. In dieser ernsten, dieser dramatischen Lage transportieren Sie stattdessen krude Theorien, Unrechtsfantasien oder Widerstandsszenarien. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

An die Kollegen von der AfD: Ich betrachte Ihren Antrag mit Ratlosigkeit, aber auch "mit brennender Sorge". Erlauben Sie mir dieses Zitat, ebenfalls aus der Zeit, zu der Sie hier Analogien heraufbeschwören. Ich sehe Ihren Antrag mit brennender Sorge. Denn ich sehe hier die große Solidarität in unserer Bevölkerung, dieses Virus gemeinsam zu bekämpfen, auseinanderbrechen.

(Zuruf von der AfD: Wie soll sie denn noch anhalten?)

Diese Solidarität war Anfang März überall vorhanden – übrigens auch bei Ihnen, die Sie da rauskrähen.

(Zuruf)

Auch bei Ihnen war die Solidarität vorhanden, aber sie wird durch Ihren Antrag weiter unterminiert. Ich bin deshalb so besorgt, weil eine gespaltene Gesellschaft das Virus nicht so bekämpfen kann, wie es möglich ist und auch nötig wäre, weil die getroffenen Maßnahmen dadurch an Wirksamkeit verlieren und hierdurch Menschen zu Schaden kommen werden.

Ihr Antrag wird von mangelndem Vertrauen in den Staat getragen, gegen den zu Widerstand aufgerufen wird. Es schimmern Verschwörungstheorien durch. Zudem artikuliert der Antrag die Angst, dass Grundrechte willkürlich eingeschränkt – Sie schreiben: mit Füßen getreten – werden. Das ist wie bei den Demonstranten in Leipzig oder Ende August in Berlin.

(Zuruf)

Diese Demonstranten stellen ihre Persönlichkeitsrechte über die Grundrechte auf Leben und Gesundheit anderer, die sehen nur sich, die sehen sich und nur sich. Das ist Egoismus pur. Diese Menschen, Sie, haben ein egozentrisches Weltbild.

(Zuruf)

Das lehnen wir ab. Die anderen, die Schwächeren, sind Ihnen egal. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist rücksichtslos. Das Perfide ist: Sie kaschieren diese Ihre Rücksichtslosigkeit und Ihren Egoismus, indem Sie in Ihrem Antrag Zweifel an unserem Rechtsstaat säen. Unser Rechtsstaat funktioniert. Er funktioniert in der Legislative. Das zeigt gerade das Gesetz, das Sie hier angreifen, das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz. Auch die Exekutive funktioniert, die uns in den letzten Wochen sehr gut durch diese Pandemie gebracht hat, durch tatkräftige Entscheidungen.

(Lachen bei der AfD)

Auch die Judikative funktioniert, die immer wieder auf die Verhältnismäßigkeit achtet und da, wo es hin und wieder mal nötig ist, auch korrigierend eingreift. Die Verhältnismäßigkeit wird immer überprüft. Alle drei Gewalten, Legislative, Exekutive und Judikative, funktionieren. Das neue Gesetz auf Bundesebene soll ja nur die Ermächtigungsgrundlage für die Exekutive nachjustieren. Das ist genau der Punkt der

Wesentlichkeitstheorie. Das heißt, wir sollen die wesentlichen Grundrechtseingriffe durch das Parlament selber beschließen. Der Gesetzgeber darf sie nicht der Regierung überlassen. Das ist ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Denn je tiefer der Grundrechtseingriff ist, desto präziser muss die rechtliche Grundlage dafür sein. Genau das ist das Ziel dieses Dritten Bevölkerungsschutzgesetzes, was auch wir, von diesem Haus hier aus, am 21. Oktober gefordert haben. Das war unser Wunsch, der Wunsch des Freistaats Bayern. Das wird jetzt im Bund vollzogen.

Sie säen Zweifel an unserem Rechtsstaat. Sie unterhöhlen das Vertrauen in die Institutionen. Das legt nur den Verdacht nahe, dass Sie selbst die Rechtsordnung fundamental ändern wollen und die Gesellschaft spalten wollen.

(Widerspruch bei der AfD)

Genau das bringt Ihr Antrag zum Ausdruck. Sie transportieren unreflektiert und unbefleckt von Kenntnissen der juristischen Zusammenhänge diese Stimmungen. Dabei wäre es Aufgabe der Parlamentarier, auch von Ihnen, Zusammenhänge zu erklären. Dazu müsste man sie aber verstanden haben. Die Rede von Herrn Magerl hat gezeigt, dass das gerade nicht der Fall ist.

(Widerspruch bei der AfD)

Nein, wir müssen nun bitte gemeinsam einen kühlen Kopf bewahren. Lassen Sie uns weiterhin zusammenstehen. Lassen Sie uns diese Pandemie gemeinsam durchstehen. Ich habe Ihnen hier von dieser Stelle aus schon zweimal das Bild der Fußballmannschaft gemalt, bei dem das Virus der Gegner ist.

(Zuruf von der AfD)

Wenn wir uns als Team nicht einig sind, wenn wir über die Taktik streiten oder der eine oder andere gar nicht mitmachen möchte, dann hat das Virus leichtes Spiel.

Bis zum Frühjahr des nächsten Jahres ist es noch ein ganz langer Weg. Aber dann besteht begründete Aussicht, dass wir etwas verbesserte Verhältnisse haben, in größere Normalität zurückkehren können, durch einen Impfstoff, durch Therapeutika, durch Medikamente, durch höhere Temperaturen, die das Infektionsgeschehen verlangsamen; wir sind dann mehr draußen, die Immunsysteme arbeiten besser. Das ist die Aussicht. Bis dahin müssen wir durchhalten. Das ist ein langer Weg. Und dann haben wir noch mal Zeit bis zum Herbst 2021, um eine dritte Welle zu verhindern.

Ihren Antrag werden wir selbstredend ablehnen. Mein Wunsch wäre aber, dass Sie das selbst einsehen. Deshalb appelliere ich an die Vernunft, an die Vernünftigen, sich von dem Antrag zu distanzieren, sich von den kruden Theorien zu distanzieren, die Sie transportieren, sich von dem wirren Antrag zu distanzieren, mit dem Sie die Spaltung unserer Gesellschaft provozieren.

Ich appelliere an Sie, dass Sie das Gesetz doch bitte schön einmal anschauen. Mit dem Gesetz auf Bundesebene wird vonseiten des Parlaments, des Bundestags, eine Leitplanke für die Exekutive gesetzt. Die möglichen Schutzmaßnahmen der Länder werden präzisiert. Sie werden im Hinblick auf Dauer, Reichweite und ihre Intensität definiert. Das ist genau das, was die Gerichte fordern: Die Wesentlichkeitstheorie passiert hier. Es werden Leitplanken gesetzt.

Lieber Herr Magerl, wir, die wir im Bund Verantwortung tragen, haben natürlich die Latte am Zaun – durch dieses Gesetz. Lassen Sie uns deswegen die Spaltung der Gesellschaft verhindern. Kommen Sie auf den Pfad der Tugend zurück und helfen Sie mit, die Grundrechte effektiv zu schützen; und zwar die Grundrechte aller Menschen im Land, auch der Älteren, auch der Schwächeren, auch der Vorerkrankten. Sie brauchen unseren Schutz. Es ist ernst, es ist dramatisch.

Wenn Sie darüber nachgedacht haben, müssten Sie den Antrag eigentlich selbst zurückziehen. Das werden Sie – da bin ich Realist genug – heute nicht tun. Dann bitte

ich Sie aber im Namen aller vulnerablen Gruppen in diesem Land, die durch das Virus gefährdet sind: Bitte stellen Sie solche Anträge künftig nicht mehr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung des fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda. Bitte, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Seidenath, Sie haben eben geäußert, dass die Zustimmung der Bevölkerung schwindet. Da kann ich Sie nur bestätigen. Aber nicht wegen des Schwurbel-Antrags der AfD, wie von Ihnen festgestellt, sondern weil die Maßnahmen der Regierung auch in Bayern nicht hinreichend transparent sind und weil diese Maßnahmen nicht ausbalanciert und ausdifferenziert sind, weil sie für jedermann in vielerlei Hinsicht sehr breite und tiefe Freiheitsbeschränkungen bringen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Ich bitte Sie: Sagen Sie uns doch einmal, was in diesem neuen "Bundesimmissionsschutzgesetz" der dritten Art denn grundrechtsfreundlich gemacht wurde. Sagen Sie das bitte einmal eindeutig, mit ein oder zwei Beispielen. Dann kann ich vielleicht meine Meinung, dass Sie heute nicht ganz recht haben, doch noch ändern.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Herr Abgeordneter, bitte.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Swoboda, ich habe nicht vom Immissionsschutz gesprochen. Wir reden hier vom Infektionsschutz. Es geht um die Bewahrung der Menschen vor Krankheiten

(Beifall)

in der Corona-Pandemie. Im Übrigen kann ich Ihre Einschätzung, dass es sich bei dem AfD-Antrag um einen Schwurbel-Antrag handelt, nur bestätigen. Dass die Zustimmung schwindet, ist leider so. Sie müssen aber genauso sehen, dass der Anteil derer,

die die Maßnahmen für zu lax halten, in unserem Land massiv steigt. Das sollte uns doch bitte schön auch zu denken geben.

Was steht im Gesetz? – Das Gesetz ist öffentlich. Sie können es im Internet googeln. Sie können alle unsere Maßnahmen googeln und sie sich ansehen. Bevor Sie im Landtag Reden schwingen, sollten Sie dies bitte tun – das war auch der Rat an die AfD –, damit Sie sehen, welche Grundrechte auf der Grundlage dieses Gesetzes künftig präziser eingeschränkt werden können, als dies bisher der Fall war. Deshalb bitte ich Sie herzlich: Schauen Sie erst nach, bevor Sie hier reden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Damit kann ich als nächsten Redner den Abgeordneten Cemal Bozoglu von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In meiner Heimatstadt Augsburg haben bis heute aufgrund der Pandemie 33 Menschen ihr Leben verloren. Die 7-Tage-Inzidenz liegt seit Tagen über der bedrohlichen 300-Marke – also tiefstes Dunkelrot. Allein bei sieben der jüngst Verstorbenen handelte es sich um Bewohnerinnen und Bewohner von Altenheimen und damit um Menschen aus der Risikogruppe, die es besonders zu schützen gilt. Was passierte erst gestern? – Eine Gruppe von Gegnerinnen und Gegnern der Corona-Maßnahmen marschiert, um vermeintlich Grundrechte zu wahren, und versammelt sich größtenteils ohne Maske und Abstand ausgerechnet dort, wo Menschenleben am meisten bedroht sind: vor einem Seniorenzentrum, um Lieder zu singen, dort, wo drinnen Bewohnerinnen und Bewohner um ihr Leben bangen. Ein solcher Gipfel der Gehässigkeit ist die Ernte der populistischen Saat, die auch hier in unserem Landtag ausgestreut wird.

(Beifall)

Die AfD ist nicht nur eine in weiten Teilen rechtsextremistische, sondern auch eine zu tiefst unsolidarische Partei. Ihre Worte im Parlament münden in eine Jeder-für-sich-Mentalität in Teilen der Gesellschaft, welche mit Verschwörungserzählungen und antisemitischen Stereotypen Hand in Hand geht. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern verwies in diesem Zusammenhang schon im September 2020 darauf, dass es bei 48 Corona-Kundgebungen bereits zu antisemitischen Vorfällen gekommen ist.

Dass Sie mit solchen Anträgen wie diesem jetzt zeitlich begrenzte Maßnahmen, die dem Schutz der Menschen vor einem Virus dienen, mit einem Ermächtigungsgesetz aus der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen versuchen, ist ein Tabubruch ohnegleichen. Es ist klar, woher der Wind weht. Ich weiß, um ehrlich zu sein, nicht, wo ich beginnen soll, ein solches Vokabular, das eine Bagatellisierung von historischen Schandtaten mit sich bringt, zu kritisieren. Der Antrag verdient am ehesten die Bewertung: Vogelschiss. In solchem Jargon ist Ihre Partei ja gut zu Hause. Bekannt ist die oberste Parteimaxime der AfD: Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für uns. Demzufolge verstehe ich, warum Sie die aktuelle Situation gerne komplett aus dem Ruder laufen lassen wollen.

Nicht nur wir, sondern auch die klare Mehrheit der Menschen in der Gesellschaft werden auf diesen billigen Trick nicht hereinfliegen. Wir werden das Virus gemeinsam und in Solidarität besiegen und das Land gemeinsam wieder in die Solidarität zurückführen, trotz Querschüssen und Verhinderungsstrategien von Rechtsaußen. Deshalb werden wir natürlich gegen diesen Antrag stimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Dr. Fabian Mehring, Fraktion FREIE WÄHLER, auf.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Ratlosigkeit angesichts des zu beratenden Antrags anbe-

langt, geht es mir ganz gleich wie dem Kollegen Seidenath. Aber mehr noch: Bei mir verfestigt sich in zunehmender Art und Weise das Verständnis, ja der Eindruck, dass sich mit dem Einzug der AfD in den Bayerischen Landtag seit Beginn dieser Legislaturperiode zwei Kategorien parlamentarischer Anträge etabliert haben. Kategorie eins sind sozusagen Anträge, die im besten Sinne ernst gemeint sind, um unsere gemeinsame Heimat Bayern ein Stück weit voranzubringen. Diese Anträge, ganz gleich, ob sie aus der Feder der Regierungsfractionen oder der Oppositionsfractionen stammen, gilt es selbstverständlich im Parlament in der gebotenen Tiefe und Intensität miteinander zu beraten, um daraus genau den parlamentarischen Honig saugen zu können, der unser Land Bayern, der den Freistaat Bayern voranbringen kann.

Seit hier aber nicht nur Demokratinnen und Demokraten im Parlament sitzen, sondern auch Rechtspopulisten, gibt es auch – so ist mein Eindruck – eine zweite Kategorie von Anträgen: Anträge, die dem Grunde nach eher daherkommen wie eine in Schriftform gepackte parlamentarische Bankrotterklärung. Genau einen solchen Antrag, meine Herren von der AfD, legen Sie uns auch heute wieder vor.

Weil ich glaube, dass wir uns der ersten Kategorie von Anträgen sehr widmen sollten und der zweiten gar keine so große Bühne geben sollten, will ich nur zwei Aspekte anführen, weshalb Ihr Antrag selbstverständlich abzulehnen ist.

Der erste Grund dafür liegt bereits in seiner Diktion. Egal, was inhaltlich-materiell in diesem Antrag stehen würde – keine Sorge, auch das ist freilich Unsinn –, fast schon unabhängig davon wäre ein solcher Antrag, wie Sie ihn uns heute vorlegen, selbstverständlich von allen Demokratinnen und Demokraten nicht nur im Bayerischen Landtag, sondern auch darüber hinaus abzulehnen.

Ich gebe Ihnen zwei Beispiele – eines habe ich Ihnen schon heute Morgen in der gebotenen Tiefe ausbuchstabiert. Sie schreiben in der Begründung von einer vermeintlich pandemischen Lage. Sie schreiben von einer vermeintlich pandemischen Lage zu einem Zeitpunkt, zu dem 1,5 Millionen Menschen auf dieser Erde um ihre Angehörigen

gen trauern, weil sie sie aufgrund von COVID-19 verloren haben. Sie schreiben von einer vermeintlich pandemischen Lage zu einem Zeitpunkt, zu dem Tausende Menschen in Deutschland und auch viele Menschen in Bayern auf Intensivstationen liegen, ja beatmet werden, ja um ihr Leben kämpfen. Das ist genau die Art von Realitätsverweigerung, Herr Hahn, die ich Ihnen heute Morgen schon anhand eines biblischen Beispiels illustriert habe. Sie wiederholen sie in diesem Antrag noch einmal. So viel Realitätsverweigerung kann keinem Demokraten so wenig auf den Magen schlagen, dass er dem noch zustimmen könnte, was Sie darüber hinaus schreiben.

Aber auch bei dem, was Sie darüber hinaus schreiben, und zwar – und das ist fast noch schlimmer – nicht in der Begründung, sondern tatsächlich im Antragstext, passiert Ihnen eine Entgleisung, die, bevor Sie in diesem Hohen Hause anwesend waren, Gott sei Dank für alle Demokratinnen und Demokraten undenkbar gewesen ist. Sie formulieren doch in diesen Antrag tatsächlich hinein, es würde sich – und so steht es im Beschlusstext – um ein Ermächtigungsgesetz zulasten des deutschen Volkes handeln. Ein Ermächtigungsgesetz des Bundestages zulasten des deutschen Volkes – das ist eine Formulierung, meine Herren von der AfD, die vielleicht aus einer Zeit stammt, in der Sie gerne Politik gemacht hätten. Wir als Demokratinnen und Demokraten sind um die Gnade der späten Geburt froh. So etwas ist mit uns in diesem Land nicht nur heute nicht, sondern aufgrund der historischen Erfahrungen in alle Zukunft nie wieder zu machen.

(Beifall)

Sie liegen aber nicht nur in der Diktion völlig daneben; Sie liegen auch inhaltlich völlig daneben; denn was beantragen Sie denn? – Sie beantragen nichts anderes als – in Kurzform zum Ausdruck gebracht –: Finger weg vom Infektionsschutzgesetz. Ich frage mich tatsächlich, wo Sie die letzten Wochen und Monate in diesem Bayerischen Landtag gewesen sind. Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die Sie in den Blick nehmen, kommt nachgerade direkt aus Bayern. Wir hier im Bayerischen Landtag wollten mehr Parlamentsbeteiligung. Wir hier im Bayerischen Landtag haben am 21. Okto-

ber beschlossen, dass der Bund das Infektionsschutzgesetz in die Hand nehmen soll, weil wir die Debatte zurück in die Parlamente bringen wollten. Im Bundesrat ist darüber bereits am 6. November beraten worden. Das, was da auf den Weg gebracht wurde und was Sie heute kritisieren, meine Herren von der AfD, ist genau der Wunsch dieses Hohen Hauses. Es ist die bayerische Initiative, die den Bund dazu angestoßen hat.

Wir beantragen in Bayern am 21.10.: Lieber Bund, wir wollen mehr Parlamentarismus. – Das wird am 06.11. umgesetzt. Am 11.11. kommen dann Sie von der AfD und sagen: Finger weg von diesem Gesetz; bitte tut in Berlin auf keinen Fall das, worum Bayern euch 14 Tage vorher gebeten hat.

Ich frage mich wirklich, meine Herren von der AfD: Ist das nur noch Populismus? Ist das Populismus, den Sie mit dem Ziel, aus dieser Pandemie politisches Kapital zu schlagen, an den Tag legen? Oder – das wäre noch wesentlich schlimmer, gleichwohl wirkt das so auf mich – haben Sie es wirklich überhaupt nicht verstanden? Haben Sie von diesem parlamentarischen Prozess wirklich überhaupt keine Ahnung? Haben Sie wirklich keinen blassen Schimmer davon, was wir die letzten Wochen miteinander beraten und auf den Weg gebracht haben und was jetzt der Bund mit diesem bayerischen Vorstoß anfängt?

Es ist wirklich mehr als peinlich, womit Sie uns da heute beglücken. Das ist eine parlamentarische Bankrotterklärung. Die Menschen in Bayern können und werden bewerten, wie Sie in Richtung Pfleger, in Richtung kranke Menschen sprechen. Wir werden bewerten, wie Sie sich im Parlamentarismus gerieren und was Sie zum Parlamentarismus beizutragen haben. Das ist gerade gar nichts, und wir lehnen diesen Antrag deshalb ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Alexandra Hiersemann von der SPD-Fraktion auf.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ausgerechnet die AfD will sich heute hier als Bewahrer von Demokratie und Rechtsstaat aufspielen. Das ist bemerkenswert und auch bemerkenswert dreist. Glauben Sie uns: Niemand in diesem Hohen Haus hat es nötig, von Ihnen Nachhilfe in Sachen Demokratie zu bekommen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Bereits in Nummer 1 des Antrags wird behauptet und absichtlich unterstellt, dass unverhältnismäßige Grundrechtseinschränkungen erfolgt seien. Ob dies so ist, entscheiden in einem Rechtsstaat aber die Gerichte und nicht Sie. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten feststellen können, dass die Gerichte und die Gewaltenteilung durchaus das umsetzen, wofür sie geschaffen sind.

Ihnen geht es aber gar nicht um Demokratie. Es geht Ihnen auch nicht um die Tiefen der Wesentlichkeitstheorie oder gar um den Parlamentsvorbehalt. Es geht Ihnen nicht um den Rechtsstaat. Das alles zeigen Sie uns in jeder Debatte, seitdem Sie Mitglied in diesem Hause sind – gleichgültig, zu welcher Thematik.

Neben Ihrem üblichen Lieblingsthema haben Sie hier seit Monaten einen Antrag nach dem anderen eingebracht, der die ernsthafte Gefährdung der Menschen durch COVID-19 ignoriert, verharmlost und sogar bestreitet. Damit folgen Sie sehr brav einem internen Diskussionspapier für eine Corona-Kommunikationsoffensive der AfD-Bundestagsfraktion.

Man will sich über das Thema der Pandemie wieder die Schichten eröffnen, die bisher wegen Ihrer ausländerfeindlichen Argumente nicht zugänglich waren – genau so steht es in dem Papier der AfD-Bundestagsfraktionsstrategieabteilung.

(Zuruf)

Sie wollen erneut die Angst der Menschen nutzen. Sie verbreiten erneut falsche Nachrichten, Fake News. Ein Mitglied Ihrer Fraktion nannte vor einiger Zeit die Masken-

pflicht allen Ernstes einen Maulkorberlass und behauptete ungeachtet der Tausenden von Toten in Deutschland und der Millionen von Toten auf der Welt, dass es die angekündigte Corona-Katastrophe gar nicht gebe.

Ihr stellvertretender Landesvorsitzender Hansjörg Müller äußerte sich getreu dieser Ihnen eigenen Logik zu den Toten in Italien und behauptete, dass 88 % der Corona-Toten, die aus Italien gemeldet würden, gar keine Corona-Toten seien. Zitat: Da werden andere Tote untergeschoben, um die Statistik nach oben zu jubeln. – Merken Sie nicht selber, wie unendlich ekelhaft das ist?

(Beifall bei der SPD)

Einen solchen Menschen dulden Sie nicht nur in Ihren Reihen, sondern Sie haben ihn zu Ihrem stellvertretenden Landesvorsitzenden gemacht. Das ist wirklich nicht mehr erträglich.

Ihr Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat beweist sich in all den unsäglichen Äußerungen, die Ihre Funktionsträger in Land und Bund auch und gerade in Zeiten der Pandemie von sich geben. Der Kampf um die Gleichberechtigung der Menschen – gleichgültig, welchen Geschlechts, gleichgültig, welcher Hautfarbe – heißt bei Ihnen, wie wir heute von einem Mitglied Ihrer Fraktion gehört haben – Zitat –: "Black-Lives-Matter"– und 'Gender-Gaga'-Befindlichkeiten". Für Sie ist also der Kampf um die Gleichheit der Menschen eine Gaga-Befindlichkeit. Wem fällt so etwas ein? Wie wird man so, wie Sie über die letzten Jahrzehnte hinweg offensichtlich geworden sind?

(Beifall bei der SPD)

Was Sie von der derzeitigen Situation und vom Schutz der Menschen halten, machen Sie mehr als deutlich, indem Sie nächste Woche einen Parteitag in Mittelfranken mit circa 750 Menschen in Präsenz abhalten wollen. In einer Zeit, in der die meisten Menschen schwere Einschränkungen in Kauf nehmen, um ihre Existenz fürchten müssen, alle unnötigen Kontakte vermeiden und vermeidbare Veranstaltungen ausfallen las-

sen, ist das absolut unerträglich. Ob ein AfD-Landesparteitag vermeidbar ist, wird das dortige Landratsamt entscheiden. Unnötig ist er aber ganz sicher.

(Zuruf)

Sie von der AfD – das ist sicher – sind es, die die Grundrechte mit Füßen treten.

(Zurufe)

Sie sind es, die das Recht auf körperliche Unversehrtheit derer verletzen, die sich unter Umständen deshalb infizieren, weil Sie nicht bereit sind, Masken zu tragen. Sie sind es, die das Recht auf Menschenwürde, das für alle Menschen, gleich, welcher Hautfarbe und gleich, welchen Geburtsortes, gilt, verletzen.

(Zuruf)

Sie sind es, die die Freiheit der Presseberichterstattung nicht zulassen wollen. Und vieles mehr an Grundrechten wird von Ihnen mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD)

Ausgerechnet von Ihnen von der AfD müssen wir von der SPD uns wahrlich nicht über den Schutz der Grundrechte, über den Rechtsstaat und über die Demokratie belehren lassen. – Vielen Dank. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag wurde bereits mehrfach richtig bewertet. Der Antrag ist voll wirrer Argumentation, voll der Realitätsverweigerung und vor allem ignorant und rücksichtslos, weil er die Gefahren von COVID schlicht nicht wahrnimmt. Ich würde der AfD-Fraktion empfehlen, auch einmal mit Ärzten, mit Pflegern, mit den Angehörigen von Verstorbenen oder

mit Erkrankten, die diese Erkrankung überstanden haben, zu reden, um einen Hauch von Gefühl zu bekommen, was in dieser Krise alles auf dem Spiel steht.

Sie legen einen Antrag vor, der im Kern – das ist sicherlich wohl auch schon ein Ablehnungsgrund – jegliche Einschränkungen infrage stellt und keine einzige für gerechtfertigt hält. Man mag über die eine oder andere der Beschränkungen natürlich streiten. Das haben wir auch mehrfach gemacht, und ich fürchte, dass uns das ebenso in den nächsten Wochen und Monaten nicht erspart bleiben wird. Dass das im Kern eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, die die Solidarität jeder einzelnen Gruppe, aber auch der Politik und der Gesellschaft erfordert, ist doch allen bis auf der Fraktion der AfD bewusst. Allein das ist Grund genug, diesen Antrag abzulehnen.

Im Übrigen ist dieser Antrag auch sonst in vielerlei Hinsicht ausgesprochen schlecht gemacht. Ich will nur auf eine Banalität hinweisen: In Ziffer 2 wird gefordert, der Landtag solle ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung verurteilen. Es gibt überhaupt keinen Gesetzentwurf der Bundesregierung. Der Entwurf stammt von CDU/CSU und von der SPD-Fraktion. Das hat verfahrensmäßige Gründe, die bekannt sind, auf die ich aber nicht weiter eingehen will. Wo und wie Sie es auch immer können, machen Sie Stimmung gegen ernst zu nehmendes Ringen um die bestmöglichen Lösungen.

Dass wir eine breitere gesetzliche Grundlage für das Handeln brauchen, um das wir streiten, ist gesichert. Das haben wir auch gefordert. Wir haben das auch vielfach gesagt. Darüber, wie das rechtstechnisch umgesetzt werden soll, wird es im Bundestag sicherlich noch leidenschaftliche Diskussionen geben. Wir brauchen aber eine verbesserte Grundlage, und deswegen ist Ihr Anliegen im Kern nur ein Versuch, überhaupt jegliches rechtsstaatliches Handeln zur Bekämpfung dieser Krise zu verhindern. Das ist aufs Schärfste zu verurteilen und abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatssekretär Klaus Holetschek aufrufen.

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Brandstifter sitzen auf der rechten Seite des Parlaments.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei der AfD)

Ja, Sie sitzen hier, wohl wissend, dass Menschen um ihr Leben kämpfen, dass die Betten in den Krankenhäusern belegt sind, dass Pflegekräfte auf den Intensivstationen schweren Dienst leisten. Sie führen uns hier im Parlament immer wieder vor, dass Sie nur eine einzige Agenda haben, nämlich politisches Kapital zu schlagen. Das ist Ihre Agenda. Es geht Ihnen nicht um die Menschen in diesem Land. Es geht Ihnen vielleicht um Prozente in Umfragen, es geht Ihnen um Stimmungen, es geht Ihnen um Populismus, aber mit definitiver Sicherheit nicht um die Menschen in diesem Land. Darum geht es nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man muss Ihnen an dieser Stelle einfach Verantwortung absprechen. Ich erinnere mich noch daran, dass Sie, als Charlotte Knobloch hier gestanden hat, den Saal verlassen haben.

(Zurufe)

Ich erinnere mich, wie Sie mit Höcke draußen im Saal herumspaziert sind. Ich erinnere mich an viele Ihrer populistischen Reden, bei denen Sie die Menschen nicht mitgenommen, sondern sich nur dafür interessiert haben, wie Sie Ihre politische Agenda durchsetzen können. Das ist Ihr Ziel. Man muss Sie an dieser Stelle demaskieren. Sie verlassen den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer wieder.

Wenn Sie über Grundrechte reden, verstehe ich es überhaupt nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil das, was Sie hier tun, jeder Wahrheit entbehrt. In der Sache haben Sie überhaupt nichts entgegenzusetzen. Das Infektionsschutzgesetz und das Gesetz, das gerade beraten wird, bieten gerade die Grundlage für das Handeln der

Exekutive. Gerade damit werden die Leitplanken gesetzt. Genau da geht es darum, gesetzliches Handeln zu ermöglichen und das Parlament mitzunehmen. Es geht Ihnen tatsächlich nur um Populismus und um nichts anderes. Das zeigen Sie an der Stelle, wo wir in einer Krise sind, wo es um das Leben von Menschen geht. Sie schüren Angst, Sie gehen auf die Straße. Sie machen doch den Menschen Angst, aber niemand sonst.

(Zuruf von der AfD: Denunziation! – Weitere Zurufe)

Der Zwischenruf der Denunziation zeigt, dass Sie es nicht verstanden haben. Jetzt machen Sie hier auch noch falsche Aussagen. Niemand hat zur Denunziation aufgerufen. Das ist auch Ihre Agenda, Fake News und Unwahrheiten zu verbreiten. Das ist Ihr Ziel, und das zeigen Sie an dieser Stelle immer wieder. Sie sind diejenigen, die über Fake News versuchen, andere zu infiltrieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist Ihr Ziel. Es geht Ihnen nicht um Wahrheit, um Klarheit. Es geht Ihnen um Lüge und nichts anderes.

Zum Abschluss will ich Ihnen noch einmal sagen: Ich hoffe, dass dieses Verhalten durchschaut wird. Ich hoffe, dass die Menschen in diesem Land irgendwann einmal verstehen, welche Agenda Sie haben. Ich will hier Herrn Lüth, den früheren Pressesprecher der AfD-Bundestagsfraktion zitieren.

(Zuruf von der AfD)

Das will ich schon gerne zitieren, denn das ist ganz wichtig: "Das haben wir mit Gau-land lange besprochen: Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD." Das ist doch ein Kernsatz, meine Damen und Herren, das ist Ihre Agenda.

(Weitere Zurufe von der AfD)

Zum Antrag habe ich alles gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Gesetzentwurf auf Bundesebene ist fundiert, er bringt ein Thema in die Parlamente, mit dem wir eine Grundlage schaffen, um Parlamentarismus miteinzubringen, mit dem wir über das Infektions-schutzgesetz die Leitplanken setzen. Das wollen wir, das haben wir von Bayern aus beantragt.

Sehen Sie es mir nach, ich kann hier nur noch mit einer hohen Emotionalität antworten. Ich bin es einfach leid, dass wir immer wieder über diese Themen diskutieren. So können wir mit einer solchen Krise nicht umgehen. Ich bin allen anderen in diesem Haus sehr dankbar für die Solidarität und die klaren Worte, dass es um den Menschen geht und nicht um Ihren Populismus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Lieber Kollege Holetschek, nachdem Sie wenig zur Sache geredet haben, jetzt einmal eine sachliche Frage: Es geht darum, dass die Infektionsschutzmaßnahmen verhältnismäßig sind. Sie haben davon gesprochen, dass die Notstationen der Krankenhäuser überlaufen. Sagen Sie doch bitte und führen Sie genau aus, wo genau in Bayern die Notstationen in den Krankenhäusern überlaufen. – Vielen Dank.

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das mache ich sehr gerne. Wir stehen im ständigen Austausch mit den Ärzten. Wir haben erst jetzt wieder die koordinierenden Ärzte eingesetzt, die genau die Verlegung der Patientinnen und Patienten aus den Krankenhäusern über die Rettungsleitstellen steuern sollen. Wenn Sie sich einmal mit den Kollegen in Augsburg unterhalten, werden Sie sehr schnell feststellen, dass dort schon Patienten an andere Unikliniken verlegt worden sind und

dass dort geschaut wird, wie Betten und Betten mit Beatmungsgeräten bereitgehalten werden können. Sie werden feststellen, dass sich die Situation dort zuspitzt.

Sie kommen, glaube ich, auch aus Schwaben. Sie brauchen nur einmal ins Allgäu zu schauen. Auch an den Allgäuer Kliniken macht man sich schon Sorgen. Ich war gestern bei einer Verwaltungsratssitzung im Klinikum in Memmingen und habe es mir dort angehört: Auch dort schaut man mit großer Sorge auf die Zahlen und auf die Entwicklung. Wer das nicht sieht und wer das nicht ernst nimmt, Herr Kollege Mannes, der hat aus meiner Sicht nichts verstanden. Das muss ich Ihnen wirklich klipp und klar sagen.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Jetzt ist es 17:57 Uhr. Wir können noch zur Abstimmung kommen. Namentliche Abstimmung ist beantragt.

Ich gebe vorher noch bekannt, dass wir keine weiteren Dringlichkeitsanträge mehr aufrufen, sondern wir werden alle Dringlichkeitsanträge an die zuständigen Ausschüsse verweisen.

Damit eröffne ich den Abstimmungsvorgang für drei Minuten. Ich bitte um namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17:57 bis 18:00 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Ich nehme an, dass das zwei, drei Minuten dauern wird.

(Unterbrechung von 18:00 bis 18:01 Uhr)

Ich eröffne die Sitzung wieder und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD auf Drucksache 18/11192 betreffend "Grundrechte schützen – Änderung des Infektionsschutzgesetzes unterbinden" bekannt. Mit Ja

haben 14 Abgeordnete, mit Nein 96 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg und darf die Sitzung hiermit schließen.

(Schluss: 18:02 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2020 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion AfD; Grundrechte schützen - Änderung des Infektionsschutzgesetzes unterbinden (Drucksache 18/11192)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker				Friedl Patrick		X	
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried				Füracker Albert			
Bayerbach Markus							
Becher Johannes				Ganserer Tessa		X	
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal		X		Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun				Güller Harald			
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans			
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold			
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	14	96	0